Außerdem ist noch eine andere Bemerkung des Herrn Dißmann zurückzuweisen, der behauptete, zehntausende von Maschinen seien wegen der hohen Alteisenpreise in Schrott geschlagen worden. So weit gehe die Sabotage der Unternehmer. Die hohen Alteisenpreise sind tatsächlich nicht der Grund der Verschrottung, sondern es sind die Bestimmungen in Artikel 169 des Friedensvertrages, wonach das Kriegsgerät der Anlagen zur Herstellung von Kriegsgerät zu zerstören sind. Sollten die Unabhängigen wirklich nicht wissen, daß es sich bei diesen zerstörten Maschinen hauptsächlich um Granatendrehbänke und ähnliche Maschinen handelt? Aus welchem Grunde legen denn die unabhängigen Parteisänger besonderen Wert darauf, daß die unnützen Granatendrehbänke erhalten bleiben?

Schließlich und nicht zuletzt muß man sich gegen die Behauptung wenden, die Kohlenbarone hätten vielfache Gewinne erzielt, und für die Arbeiterschaft nicht in entsprechendem Maße gesorgt. Wenn sich Herr Dißmann dabei auf Angaben des Herrn Kuczynski, der die Sozialisierung des Kohlenbergbaues so lebhaft empfiehlt, stützen zu können glaubte, so muß man darauf aufmerksam machen, daß Kuczynski mit unrichtigen Zahlen operiert. In einer der letzten Sitzungen des Reichskohlenrates hat dagegen der Direktor der Bochumer Bergschule, Professor Heise, nachgewiesen, daß die Erträgnisse des Steinkohlenbergbaus im Rheinland und in Westfalen im 1. und 2. Kriegsjahr zumeist gefallen, im 3. und 4. Kriegsjahr gestiegen sind, um im Jahre 1919 erneut zu fallen. Dabei ist besonders bemerkenswert, daß bei der „Hibernia", die vom Fiskus verwaltet wird, im Jahre 1919 nur eine Dividende von 14 Prozent die Tonne auf die Vorzugsaktien ausgeschüttet werden konnte, während die Stammaktien dividendenlos blieben. Zweifellos ist die Stockung im Abteufen neuer Schachtanlagen mit darauf zurückzuführen, daß die Ueberschüsse nicht in dem Maße gewachsen sind, wie die Teuerung. Kostete früher eine Doppelschachtanlage etwa 30 Millionen Mark, so muß man heute mindestens 200, vielleicht sogar 300 Millionen Mark anlegen, denn die Arbeitnehmer vergessen das eine, daß nämlich die Kaufkraft eines Mark in der Hand eines Aktionärs keineswegs größer ist, als in der Hand eines Arbeiters. Daher müßte man eigentlich annehmen, daß genau in demselben Maße, wie der Lohnanteil der Arbeitnehmer tatsächlich gestiegen ist, auch der Gewinnanteil der Geldgeber hätte anwachsen müssen. Es kann aber bei keinem Wirtschaftszweig davon die Rede sein, daß wie bei den Arbeitnehmern, gegenüber der Friedenszeit die Dividenden auf das Sechs-, Sieben- und Mehrfache gestiegen sind. An diese Tatsache sollte man sich auch in radikalen Arbeitnehmerkreisen erinnern, wenn man immer wieder neue Lohnsteigerungen verlangt. Es besteht gar kein Zweifel, daß die Aktionäre im allgemeinen nur eine geringe Erhöhung ihres Gewinnanteils verzeichnen können, während der auf die Unkosten der Industrieherren entfallende Lohnanteil immer größer wird.

Möchten die künftigen unabhängigen Reden von Sachlichkeit getragen sein. Sonst wird den Rednern auch weiterhin der notwendige klare Blick fehlen.

„Nicht mehr bloß Eselei, sondern Verbrechen"

Die „Wiederkehr der bayrischen Einwohnerwehren" hat einer Reihe von Personen, die im öffentlichen Leben eine führende Stellung einnehmen, in der Entwaffnungsfrage drei Fragen vorgelegt. Die Antworten, die darauf eingingen, enthalten alle ein feines Bekenntnis zu einem starken, zuverlässig organisierten Selbstschutz. Die Fragen lauteten: 1. Ist die Einwohnerwehr notwendig? 2. Ist von dem organisatorischen Aufbau der bayrischen Einwohnerwehren zu hoffen? 3. Wie beantwortet die Einwohnerwehr am zweckmäßigsten das Diktat von Spa?

Unter den hierauf eingelaufenen Antworten ist die des preußischen Justizministers a. D. Dr. Wolff Weinhagen bemerkenswert. Er sagt dazu: 1. Ohne Einwohnerwehr droht die Anarchie. Sie ist also unbedingt notwendig. 2. Der organisatorische Aufbau ist sehr wünschenswert, andernfalls werden die Wehren ein zusammenhangloser Haufen, der sich selbst auffrißt. 3. Immer wieder denken, nicht viel davon reden, keine militärische Schulung, aber starker Wille, sich gegenseitig zu helfen, mag helfen und will. Wer will den staatstreuen Elementen das Recht absprechen? Die Spartakisten wissen sie sowieso zu entwaffnen und die Entwaffnung zu vereiteln. Ebenso wenig geht es, wer wegen Spa den deutschen Staat wehrlos macht. Einmal haben wir denselben Wahnsinn begangen, das war blutige Dummheit. Noch einmal dieselbe Torheit, das wäre ein Verbrechen.

Giolitti und die Verbandsleiter.

Aus Rom wird „Stampa" erfahren, daß sich Giolitti und Millerand im Laufe dieses Monats in Aix-les-Bains treffen werden. Vorher wird die Begegnung Giolitti-Lloyd George in Luzern stattfinden.

Ausrufung der Republik in Persien?

Nach der „Chicago Tribune" will das Konstantinopler Blatt „Sabah" erfahren haben, in Persien sei die Republik erklärt worden und der Schah habe abgedankt. Der persische Botschafter in Konstantinopel erkläre, keine derartige Nachricht erhalten zu haben. Nach einer Havas-Meldung aus Konstantinopel haben die Truppen Mustafa Kemal Paschas Erzerum geräumt.

Oertliches und Sächsisches.

Dresden, 9. August.

Aufhebung des Belagerungszustandes über Zittau.

Da in der Zittauer Gegend allgemein wieder Ruhe und Ordnung herrscht, hat die Regierung für den Bezirk der Amtshauptmannschaft und der Stadt Zittau den Belagerungszustand Montag den 9. August, mittags 12 Uhr, außer Kraft gesetzt.

Der Stab der Reichswehrbrigade hat bereits am Sonnabend Zittau verlassen. An seine Stelle hat der Stab des Reichswehr-Regiments Nr. 24 das Kommando übernommen. Von unterrichteter Seite ist der Lohnausfall, den die Arbeiter des Bezirkes Zittau wegen des von einer Minderheit leichtfertig entfesselten Generalstreiks erlitten haben, geschätzt worden; er soll mehr als 1½ Million betragen. Die Summe wäre noch viel höher, wenn nicht die größeren Betriebe sowieso schon einen bis zwei Tage infolge Beschäftigungsmangel stillgelegen hätten. Dazu kommt nun noch der starke Lohnausfall, den die Arbeiter der übrigen Oberlausitz infolge der Stillegung des Hirschfelder Kraftwerkes durch unfreiwilliges Feiern erlitten haben. Nach Ansicht von Fachleuten handelt es sich hier um viele Millionen Mark.

Der Befehlshaber des Wehrkreises IV, Generalleutnant v. Stolzmann, besuchte am Sonnabend mit mehreren Offizieren seines Stabes im Auftrage der sächsischen Regierung die im Gebiet Zittau—Hirschfelde bereitgestellten Truppen. Dankbar erkannten alle Truppen die freundliche und entgegenkommende Aufnahme durch die Bevölkerung an.

Neue Benachteiligung Dresdens in der Brotversorgung.

Von zuständiger Stelle wird durch W. T. B. mitgeteilt: „In der Oeffentlichkeit sind in der letzten Zeit wiederholt Mitteilungen verbreitet worden, daß eine Erhöhung der Brotration oder eine Herabsetzung der Ausmahlung bevorstehe. So wünschenswert solche Erleichterungen wären, muß doch darauf hingewiesen werden, daß die Getreidebestände zurzeit die Durchführung derartiger Maßnahmen noch nicht gestatten. Sobald die Lage sich so gestaltet hat, daß reichliche Getreidevorräte zur Verfügung stehen, wird versucht werden, in den beiden angegebenen Richtungen eine Besserung der Ernährung herbeizuführen. Die Klagen über die Beschaffenheit des Brotes haben übrigens erfreulicherweise in letzter Zeit erheblich nachgelassen. Es ist den Bemühungen der Reichsgetreidestelle gelungen, die Kommunalverbände gleichmäßiger und ausreichend mit gutem Mehl zu beliefern, so daß die übermäßige Streckung des Brotes, die zeitweise infolge örtlicher Knappheit notwendig geworden war, nicht mehr nötig ist."

Was den letztgenannten Punkt anlangt, so trifft dies, wie uns von verläßlicher Seite mitgeteilt wird, für Dresden auf keinen Fall zu. Hier kann höchstens erst von nächster Woche ab mit der Ausgabe besseren Brotes gerechnet werden, denn bis zum Ende der laufenden Woche, also bis zum 14. August, geht hier die Belieferung mit Streckungsmehlen noch fort und auch dann müssen diese Mehle aufgebraucht werden. In der abgelaufenen Woche sind die Bäcker usw. mit nur 25 Prozent Roggenmehl beliefert worden, das andere waren Streckungsmittel. Kein Wunder, wenn unser Brot jetzt so sehr schlecht schmeckt.

Dresden wird übrigens auch diesmal wieder als Aschenbrödel behandelt. Nachdem die Berliner Zentralstelle den Wunsch Sachsens, dessen Getreideerzeugung im Lande selbst gleichmäßig verteilen und einheitliche Vorschriften für das ganze Land hinsichtlich der Brotherstellung erlassen zu dürfen, abgelehnt hat, ist Dresden als Zuschußkommunalverband wieder besonders schlimm daran, da es eben von Berlin aus seine Zuweisungen erhält. Die selbstwirtschaftenden Kommunalverbände sind da besser gestellt. So hat man beispielsweise in Meißen und im Kamenzer Bezirk viel besseres Brot als in Dresden. Im Kamenzer Bezirk ist schon jetzt amtlich verfügt worden, daß Roggenmehl nicht mehr gestreckt werden darf, die Bestände an Streckungsmehlen sind dort sogar zurückzuliefern. In Dresden aber müssen sie voll aufgearbeitet werden.

Das Landeslebensmittelamt kann und darf sich mit dem Berliner Bescheid, daß Sachsen seine Getreide- und Brotversorgung innerhalb seiner Grenzen nicht selbst regeln darf, sondern nach wie vor von Berlin abhängig sein soll, nicht zufrieden geben. Es sind übrigens auch schon wieder neue Vorstellungen in Berlin erhoben worden, die hoffentlich endlich einmal den gewünschten Erfolg für uns haben werden. Welcher Widerspruch in der jetzigen Regelung liegt, läßt sehr klar das folgende Beispiel erkennen: Vor ungefähr acht Wochen, als wir in Dresden nicht einmal Weizenmehl für Krankengebäck hatten, mußte der Meißner Bezirk Weizen nach Berlin liefern, von dem wir wahrscheinlich kaum etwas wieder zu sehen bekommen haben. Welche Zeit- und Kostenverschwendung ist es ferner, wenn aus dem amtshauptmannschaftlichen Bezirke Dippoldiswalde auf Grund der jetzt bestehenden Vorschriften das überflüssige Getreide nach Berlin geschickt werden muß, damit es dann wieder von dort aus den sächsischen Zuschuß-Kommunalverbänden zugeht. Zentralisation ist eine gute Sache, wenn aber die Volksernährung darunter so leidet, wie ein erheblicher Teil von Sachsen, so muß endlich Aenderung geschaffen werden.

*

Vom Lebensmittelamt wird uns zu der vorstehend mitgeteilten Veröffentlichung des W. T. B. mitgeteilt:

Die in dieser Notiz enthaltene Behauptung, daß es den Bemühungen der Reichsgetreidestelle gelungen sei, die Kommunalverbände gleichmäßig und ausreichend mit gutem Mehl zu beliefern, ist durchaus irreführend. Dieser versuchten Abschiebung der Verantwortung von der Reichsgetreidestelle auf die Kommunalverbände muß auf das entschiedenste widersprochen werden, da sie irrtümliche Auffassungen in der Bevölkerung erregen und die daraus entstehende Erbitterung der Bevölkerung sich naturgemäß gegen die Kommunalverbände richten muß. Richtig ist für das Gebiet des Kommunalverbandes Dresden und Umgebung nur, daß die Belieferung durch die Reichsgetreidestelle mit Roggen- und Weizen sich seit Anfang des Monats allmählich gebessert hat, sie ist aber entfernt noch nicht ausreichend und immer noch zehn Tage in Rückstand. Gegenüber einem Tagesbedarf von 1600 Doppelzentner Roggen- und Weizenmehl betrugen die Anlieferungen seit 2. August:

	Roggenmehl D.-Ztr.	Weizenmehl D.-Ztr.	Zusammen D.-Ztr.
2. August	600	650	1250
3. „	650	75	725
4. „	650	525	1175
5. „	650	350	1000
6. „	825	200	1025
7. „	850	150	1000
9. „	645	200	845

Mit diesen Lieferungen ist nur eine allmähliche Verringerung der Streckung und eine allmähliche Verbesserung der Brotbeschaffenheit durchzuführen.

Die Lage des Saalgewerbes.

Der Landesverband der Saalinhaber in Sachsen hält vom 17. bis 19. August in Aue i. E. seinen 17. Verbandstag ab. Außer den geschäftsordnungsmäßigen Punkten enthält die Tagesordnung u. a. noch die Punkte: Bericht über die Verhandlungen mit dem Brauereiverband wegen der Bierpreise und Bericht über die Verhandlungen im Ministerium über das neue Gesetz, betreffend die weiblichen Angestellten in den Gastwirtschaften. — Aus dem vom Vorsitzenden Alfred Baum (Dresden) erstatteten Geschäftsbericht für 1919/20 sei das Folgende entnommen:

Auch das abgelaufene Geschäftsjahr war ein arbeitsreiches und führte zu der Ueberzeugung, daß es nur vereinter Kraft möglich ist, eine Besserung saalgewerblicher Verhältnisse herbeizuführen. Im Berichtsjahre beschäftigte uns ernstlich die vom Ministerium angedrohte Tanzbeschränkung. Die Schaffung der Fachkommissionen war das Ergebnis, die eine Deputation gelegentlich der Kreisvertretersitzung am 21. Januar dem Ministerium empfahl. Der Tätigkeitsbericht muß bis Ende September dem Ministerium vorgelegt werden. In einzelnen Städten und auch Amtshauptmannschaften haben diese Kommissionen viel Gutes geschaffen. Die Neuregelung der stillen Zeit auf dem Verordnungswege hat den Saalwirten manche vermehrte Arbeitsgelegenheit, somit auch Verdienstmöglichkeit gebracht. Von seiten des Ministeriums ist bei diesen Verhandlungen viel Verständnis und Wohlwollen für unser Gewerbe gezeigt worden. Leider hat eine Eingabe wegen Verlängerung der Polizeistunde den erwünschten Erfolg noch nicht. Die Eingabe wegen Aufhebung der behördlichen Saalaufsicht ist zwar noch nicht erledigt, doch ist es vielleicht möglich, das Ergebnis auf dem Verbandstag bekannt zu geben. Vielfach gingen Klagen von unseren Verbandsvereinen über unberechtigte Benutzung der Turnhallen, Schaulaulen, Schützenfesthallen zu Tanzvergnügungen und unberechtigtem Schankbetrieb ein, ebenso über die vielen erlaubten und unerlaubten Tanzveranstaltungen in nicht konzessionierten Lokalen. Unsere Vorstellungen im Ministerium haben den erwünschten Erfolg noch nicht gehabt, denn wie es jetzt aussieht, errichtet jede Schrebergarten-Kolonie ihre eigene Tanzdiele. Diese unerlaubte Konkurrenz in Verbindung mit der neuen Lustbarkeitssteuer-Erhöhung geben uns die schwersten Bedenken für unsere Zukunft. Die Steuerbehörden, die in der Lustbarkeitssteuer-Erhöhung die einzige Rettung aus ihrer Finanznot zu erblicken scheinen, gaben der Verbandsleitung recht oft Gelegenheit, den Beschwerdeweg zu betreten; nur blieben die Beschwerden leider immer ohne Erfolg. Die hundertprozentige Bierpreiserhöhung seitens der Brauereien brachte einen katastrophalen Konsumrückgang. Jetzt haben die Brauereien die Folgen ihrer verfehlten Preispolitik schwer zu fühlen. Sie suchen neuerdings durch Verhandlungen mit den Gastwirte-Organisationen den gemachten Fehler wieder auszubessern, leider sollen die Gastwirte wieder die Opferlämmer sein. Die Forderungen unserer Angestellten und Musiker haben die Ausgaben bis an die Höchstgrenze des Möglichen gebracht. Die Ausgaben für Licht und Feuerung sind kaum noch zu erschwingen. Zu allen diesen Sorgen ist die beschränkte Polizeistunde der Totengräber aller Saalgeschäfte.

Die Forderung unserer ländlichen Verbandsvereine nach Umgestaltung des § 1 des Tanzregulativs vom 8. De-

Kunst und Wissenschaft.

* **Mitteilung der Staatstheater.** Die Oper beginnt ihre neue Spielzeit am 15. August. Spielplan für die erste Woche: 15. August: „Tannhäuser" (½7); 16.: „Schirin und Bertrande" (½8); 17.: „Die Stumme von Portici" (7); 18.: „Die Bohème" (½8); 19.: „Die Fledermaus" (7); 20.: „Lohengrin" (6); 21.: „Der Freischütz" (7); 22.: „Euryanthe" (7); 23.: „Die lustigen Weiber von Windsor" (½8).

* **Albert-Theater.** Eine Wiederholung von Tolnays „Macht der Finsternis", mit der morgen, Dienstag, die Sommerspielzeit des Albert-Theaters eröffnet wird, ist nicht mehr möglich. Als Direktor künstlerischer Beirat wurde Herr Werner Herzfeld verpflichtet.

* **Der erste ordentliche Vertretertag der evangelischen Theologiestudierenden Deutschlands** und Deutschösterreichs fand in Gießen statt. Sämtliche evangelisch-theologischen Fakultäten, Wien eingerechnet, waren mit einer Ausnahme vertreten. Ein einmütiger Geist des Zusammenhalts durchwehte die Tagung, und vor allem anderen stand in den Beratungen das eine: Die neue Zeit erfordert von den Theologen Sinn für das Leben und engste Fühlung mit der Gemeinde. Darunter darf aber die wissenschaftliche Durchbildung unserer Theologen nicht zu kurz kommen. Ueber alle Forderungen aber stellte man den Leitsatz: Ebenso wie die wissenschaftlichen Anforderungen für die Vorbereitung zum Theologiestudium und das Studium selbst unter keinen Umständen herabgemindert werden dürfen, muß auf die persönlichen Erfordernisse zum geistlichen Amt größerer Wert gelegt werden, und es muß unbedingt verhindert werden, daß das Studium der Theologie zum Brotstudium wird.

* **Eine Tagung der Studentinnenvereine Deutschlands** fand in Jena statt. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand die Frage, wie der Verband inmitten verschiedener einseitiger hochschulpolitischer Strömungen an den Universitäten doch seine Stellung über den Gegensätzen von Partei, Religion und Rasse bewahren könne, um die junge Studentin zum Verständnis für alle Volksgenossen und Weltanschauungen zu erziehen und dadurch der Ueberwindung der inneren Zerrissenheit zu dienen.

†* **Prof. Steinach in Not.** Der Erforscher der künstlichen Geschlechtsumwandlung und -Verjüngung, Prof. Steinach in Wien, ist nach Zeitungsmeldungen nicht in der Lage, seine Aufsehen erweckenden Untersuchungen und Experimente fortzusetzen, ja er befindet sich selbst in Not. Wissenschaftler verschiedener Länder wollen eine Sammlung veranstalten, um ihm die Fortsetzung seiner Forschungen zu ermöglichen und ihn vor — Hunger zu schützen.

†* **Eine amerikanische Universität in Kairo.** Von der presbyterianischen Kirchenbehörde Amerikas wird die Gründung einer Universität in Kairo geplant, zu deren Bau bereits ein schöner Häuserkomplex erworben wurde. Der Universitätsplan umfaßt die schönen Künste, orientalische Sprachen, Sprachlehrfächer, Handel und Landwirtschaft. Die Eröffnung ist für Anfang Oktober vorgesehen.

†* **Das deutsche Buch und das Ausland.** Die Einführung einer Ausfuhrabgabe für alle deutschen Bücher und die Höhe der Umrechnungskurse drohten den Export deutscher Bücher lahmzulegen besonders nach den Ländern mit unterwertiger Valuta (vor allem Oesterreich). Die Beschwerden des deutschen Buchhandels haben jetzt Erfolg gehabt. Um das deutsche Buch im Ausland konkurrenzfähig zu erhalten, sind die durch die Verkaufsordnung für Auslandslieferungen vorgeschriebenen Umrechnungskurse neuerdings herabgesetzt worden. Auch hat der Buchhändler-Börsenverein bei den Reichsbehörden Verständnis für eine Ermäßigung der Ausfuhrabgabe gefunden.

Von alter deutscher Tonkunst.

In der Musik ist das völkische Element nicht minder stark ausgeprägt als in der Literatur. Aber äußerlich tritt es weniger hervor, insofern die Sprache der Töne der Allmenschheit gemein, die Sprache der Worte dagegen jedem einzelnen Volke besonders eigentümlich ist. Darum erscheint es auch viel leichter und sozusagen näher liegend, eine völkische Literaturgeschichte zu schreiben als eine ebensolche Musikgeschichte. So gibt es denn deutsche Literaturgeschichten, gute und schlechte, bedeutende und unbedeutende, in Menge. Eine richtige deutsche Musikgeschichte beginnt aber eben erst zum ersten Male herauszukommen. Hans Joachim Moser, Privatdozent für Musikwissenschaft an der Universität Halle, hat den Versuch gemacht, das reiche Material, das die Einzelforschung aus Deutschlands musikalischer Vergangenheit seit Jahrzehnten angesammelt hat, und das insbesondere in dem Monumentalwerk der „Denkmäler deutscher Tonkunst" und der „Denkmäler der Tonkunst in Oesterreich" neu ans Licht gezogen ward, übersichtlich in Handbuchform zusammenzufassen und zu einem kraftvoll umrissenen Bild vom Werdegang der germanischen Musikkultur zu gestalten. In einem bei Cotta erschienenen Band von rund fünfhundert Seiten behandelt er zunächst einmal die Geschichte der deutschen Musik von den Anfängen bis zum Beginn des dreißigjährigen Krieges.

Der Versuch ist geglückt. Der Fachmann, der Mosers Handbuch liest, findet keine Ueberraschungen und neuen Offenbarungen, aber er fühlt überall sicheren Boden unter den Füßen. Die Ergebnisse der neuesten Forschung sind mit guter Beherrschung verwertet, kleine Lücken oder Versehen, die sich hin und wieder finden, wiegen nicht schwer und erscheinen nur als der unvermeidbare Zoll an menschliches Irren, den gerade bei solchen weitspannenden Arbeiten wohl jeder zu zahlen hat. Im übrigen ist mit dem Charakter einer zuverlässigen Sichtung verstreuter Forschungsergebnisse die Bedeutung dieser deutschen Musikgeschichte keineswegs erschöpft. Sie hat vielmehr darüber hinausgehend Persönlichkeitswert durch die Eigenart der Methode und Form ihrer Darstellung. Moser zeigt nämlich die deutsche Musikentwicklung in engstem Zusammenhang mit dem Werdegang der deutschen Kultur. Aber nicht durch die altbeliebte Aufdeckung paralleler geistiger Strömungen auf musikalischem und außermusikalischem Gebiet, sondern insofern das musikgeschichtliche Geschehen gewissermaßen als unmittelbares Erzeugnis seiner kulturellen Umwelt verständlich gemacht wird. So beginnt Moser mit der Schilderung der „Tonkunst der Wälder", das heißt einem Bild von den Uranfängen heidnisch germanischer Priester-, Kriegs- und Volksmusik. Es folgt ein Blick auf die Tonkunst der deutschen Klöster, auf die Pflege des gregorianischen Choralgesangs in der Merovinger und Karolinger Zeit, auf die Sequenzenblüte in der Umgebung der sächsischen und salischen Kaiser, auf das geistliche Volkslied und die liturgischen Singspiele der alten vorreformatorischen Kirche. Die Tonkunst auf Schlössern und Burgen schließt sich an, die fahrenden Musiker der mittelhochdeutschen Blütezeit, die Gestalten hochgemuter Minnesänger und die ritterlichen Trompeter und Pauker ziehen vorüber. Das alte deutsche Dorf tritt mit Hirten- und Tanzmusik und dem weltlichen Volkslied in die Musikgeschichte ein, die mittelalterliche Stadt mit der Zunft der Türmer und Stadtpfeifer und mit der Meistersinger holdseliger Kunst. Die Tonkunst in Schule, Haus und Kirche bei den Protestanten und im Kreise der Humanisten führt